

Die Ängste sind etwas diffus – aber sie sind verbreitet. Was ist, wenn auf die Bankenkrise und die Staatsschuldenkrise eine dritte große Krise folgt: die Krise des Geldes? Wenn die Menschen nach dem Vertrauen in die Banken und die unbegrenzte Kreditwürdigkeit der Staaten nun den Glauben an das Geldsystem selbst verlieren? Thomas Mayer, der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, hatte das zum Jahresbeginn in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zumindest als Möglichkeit in den Raum gestellt. Und gleich eine ganze Reihe von Büchern, die in diesem Jahr erschienen sind, warnen vor dem „Ende des Scheins“ und mahnen, unser Geldsystem müsse dringend reformiert werden.

Wo ist dabei das Problem? Wo lauern möglicherweise Gefahren, die man im Moment noch nicht so spürt? Wie das Bankgeschäft, so basiert auch das Geld auf dem Vertrauen der Menschen. Wenn zu viel Geld geschaffen wird, kann das Vertrauen schwinden. Im Augenblick ist das zwar noch nicht der Fall. Aber Kritiker warnen, man solle es nicht darauf ankommen lassen – und lieber über eine Reform oder zumindest Ergänzung des Geldsystems nachdenken.

Zwei gegensätzliche Ängste spielen in dieser Debatte eine Rolle: Die eine ist, dass den Notenbanken die Steuerung und Kontrolle über das Geld entgleiten könnte. Dass sie also zu wenig Einfluss auf die Geldmenge haben. Die andere, gegenteilige ist, dass gerade die Macht der Notenbanken zur Gefahr werden kann – wenn sie für politische Zwecke missbraucht wird.

Um tiefer in die Diskussion einzusteigen, muss man sich zunächst einmal mit einer ganz grundlegenden Frage beschäftigen, die nicht so trivial ist, wie sie scheint: Wie kommt das Geld überhaupt in die Welt? Wie geschieht die Geldschöpfung im gegenwärtigen System? Es ist nämlich nicht so, dass ausschließlich die Notenbanken das Geld in die Welt bringen. Für Laien ist die Vorstellung oft verblüffend, dass auch Geschäftsbanken Geld schöpfen können. Zumindest nach der vorherrschenden Auffassung der Geldtheorie ist dies je-

BRAUCHEN WIR EIN NEUES GELDSYSTEM?

Es ist viel zu viel Geld im Umlauf. Weil die Banken es aus dem Nichts schöpfen. Und die Staaten nicht genug davon kriegen können. Höchste Zeit, grundsätzlich neu zu denken.

Von Christian Siedenbiedel



Foto: Bloomberg/Getty

„Sonst produzieren die Banken so lange Geld, bis das System zusammenbricht.“

doch möglich – und passiert auch im Prozess der Kreditgewährung.

Es sind die Banken, die einen Großteil unseres Geldes schaffen. Und zwar große Geschäftsbanken wie die Deutsche Bank und die Commerzbank genauso wie kleine Volksbanken und Sparkassen.

Und das funktioniert so: Zwar können die Banken weder Geldscheine drucken noch Münzen prägen. Das dürfen im Euroraum nur die Europäische Zentralbank und die nationalen Notenbanken.

Die Geldschöpfung der Banken ist aber von anderer Natur als die der Notenbanken. Geld, das sind heutzutage schließlich nicht nur Scheine und Münzen. Auch was irgendwo auf Konten schlummert, ist echtes Geld. Wenn Zahlen von einem Konto auf ein anderes wandern, fließt Geld. Man kann dafür Dinge kaufen und es sich auszahlen lassen.

Dieser elektronische Teil des Geldes ist mittlerweile sogar der größere Teil: In Europa gibt es eine sogenannte zahlungsfähige Geldmenge (Fachleute nennen sie „Mr“) von etwa 5,2 Billionen Euro. Darin enthalten sind 879 Milliarden Euro Bargeld in Scheinen und Münzen. Der unvorstellbar große Rest ist nur auf Konten existent, die „Sichteinlagen“. Dieses Geld wird überwiegend von den Banken geschaffen.

Das passiert, indem sie Kredite vergeben. Unser Geld ist heute überwiegend Kreditgeld. Das meiste entsteht nicht mehr durch die Bearbeitung von Edelmetallen wie noch in früheren Jahrhunderten. Aristoteles und Platon philosophierten zu ihrer Zeit noch darüber, ob der Wert des Geldes durch den Metallwert der Münzen („physis“) entstehe oder durch den Nennwert, den der Staat qua Erlass festlegt („nomos“). Heute ent-

steht Geld durch Verschuldung. Was ist auch Papiergeld anderes als eine Art Schuldschein der ausgebenden Stelle, der von dem Vertrauen lebt, dass er jederzeit weitergegeben ist? Bei dem Geld, das die Banken schaffen, dem sogenannten „Buchgeld“ oder „Giralgeld“, ist es nicht viel anders.

Dieses Geld entsteht, wenn eine Bank einem Kunden einen Kredit gewährt und den Betrag auf dessen Konto gutschreibt. Der Kunde

kann den Betrag wie Geld weiterverwenden.

Eigentlich handelt es sich zwar technisch nur um eine Forderung, die auf Bargeld lautet. Er kann den Betrag aber an andere überweisen, ihn mit der EC-Karte zum Shoppen nutzen oder am Automaten bar abheben. „Aus der Sicht des Einlegers sind Sichteinlagen ‚wie Geld‘“, sagt der Ökonom Martin Hellwig. „Aus Sicht der Banken sind sie Schuldtitel.“ Um einem

Kunden einen Kredit zu gewähren, braucht die Bank noch nicht einmal die Spareinlage eines anderen Kunden aus ihrem Tresor zu holen.

Allerdings: Die Bank muss im Gegenzug für die Einlage, die sie dem Kunden gutschreibt, Geld bei der Zentralbank deponieren: die Mindestreserve. Sie ist viel kleiner als Einlage und Kredit. Lange Zeit betrug der Mindestreservesatz zwei Prozent. Anfang 2012 wur-

de er auf ein Prozent gesenkt. Eine Bank, die einem Kunden einen Kredit über 10 000 Euro gewährt und als Einlage gutschreiben will, braucht also 100 Euro Mindestreserve.

Wenn das geborgte Geld früher oder später als Einlage bei einer anderen Bank landet, kann diese noch mehr Kredit vergeben: Das Bankensystem als Ganzes schafft so ein Vielfaches von dem Geld, das am Anfang stand. Ökonomen nennen das „multiple Geldschöpfung“ (siehe Grafik).

Reicher wird die Bank durch die Geldschöpfung allerdings nicht automatisch: In der Bilanz steht der Sichtverbindlichkeit gegen den Kreditnehmer eine Forderung auf Rückzahlung des Kredits in gleicher Höhe gegenüber. Reicher wird die Bank erst, wenn sie für den Kredit später Zinsen bekommt und er nicht ausfällt.

Das Geldsystem, bei dem die Banken einen Teil ihrer Einlagen als Mindest- und Barreserven halten müssen, nennt man „fraktionales“ (unvollständiges) Reservesystem. An diesem System nun entzündet sich die Kritik der Mahner.

Dabei spielen die Erfahrungen aus der Finanzkrise eine Rolle. War es nicht die übermäßige Verschuldung der Privaten, der amerikanischen Hausbesitzer, vor allem aber der Banken, die uns in die Finanzkrise geführt hat? Wie stabil kann da ein Geldsystem sein, das auf einer Geldschöpfung der Banken durch Kredite beruht? Und ihnen somit einen Einfluss auf die Geldmenge gewährt?

Seit der Krise erlebt daher die Idee des sogenannten Vollgeldes eine Renaissance. Der Kern der Idee: Um das Finanzsystem stabil und sicher zu machen, soll der Staat den Banken verbieten, im Zuge ihrer Kreditvergabe neues Geld in Umlauf zu bringen. Dazu könnte der Staat die Banken zwingen, für alle kurzfristigen Einlagen eine Mindestreserve von 100 Prozent zu halten – oder überhaupt nur der Zentralbank erlauben, Geld zu schöpfen und weiterzugeben.

In der Schweiz will der Verein „Monetäre Modernisierung“ um den Ökonomen Hans Christoph Binswanger, den Doktorvater des früheren Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, eine Volksabstimmung über die Einführung eines solchen Modells durchsetzen. Und in Deutschland fordert eine Initiative namens „Monetative“ um den Wirtschaftssoziologen Joseph Huber von der Universität Halle ebenfalls: „Alles Geld soll ausschließlich von einer unabhängigen öffentlichen Stelle geschöpft werden – der Zentralbank.“ Es sei wichtig, die „Geldmengenkontrolle wiederzuerlangen“, meint Huber: „Sonst produzieren die Banken so lange Geld, bis das System zusammenbricht.“

Die Auswirkungen einer solchen Umstellung des Geldsystems wären zweifellos gravierend. Auf der einen Seite ist nicht zu leugnen, dass für Bankkunden die Einlagen sicherer würden, wenn die Bank sie zu 100 Prozent bei der Zentralbank deponieren müsste. Selbst der Fall, dass alle Kunden einer Bank gleichzeitig ihre Girokonten plündern wollten, verlöre seinen Schrecken. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass die Notenbank mehr Einfluss auf die Geldmenge hätte. „Wenn niemand anders als die Notenbank Geld schöpfen darf, kann sie die Geldmenge eins zu eins kontrollieren“, sagt Helge Peukert, Finanzwissenschaftler an der Universität Erfurt.

Die Befürworter des Vollgeldes führen als einen wichtigen Vorteil an, dass man die störenden Zyklen, in denen Geld geschöpft werde, dadurch stärker ausgleichen könnte. Das hätte auch Auswirkungen auf die Konjunkturzyklen insgesamt. Man könnte vermeiden, dass die Banken in guten Zeiten übertrieben viel Geld schöpfen, weil sie bei der Kreditvergabe sehr optimistisch sind, und in schlechten Zeiten zu wenig, weil sie zu ängstlich sind. Die Vollgeld-Befürworter meinen, so könne man spekulative Blasen vermeiden – eine Ursache von Finanzkrisen.

Allerdings muss man auch sagen, was der Preis dafür ist. „Bei 100 Prozent Mindestreserve stellt sich die Frage, warum Banken überhaupt noch Sichteinlagen annehmen sollten“, sagt der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Volker Wieland. Was sollten sie daran verdienen, wenn sie die kompletten kurzfristigen Einlagen als Reserve bei der Notenbank abliefern müssen? Eine Idee ist, dass die Bankkunden dann eine Gebühr dafür entrichten könnten, dass sie ihr Geld bei der Bank abliefern dürfen, wie bei einem Schließ-



Bitcoin: Die neue Währung für das Internet

Die Internetwährung Bitcoin hat in Deutschland gerade einen wichtigen Schritt zur allgemeinen **Anerkennung als privates Geld** gemacht: Die Bundesregierung erkennt sie jetzt als „Rechnungseinheiten“ an. Damit seien sie eine Art „privates Geld“, das in „multilateralen Verrechnungskreisen“ eingesetzt werden könne, heißt es in einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Frank Schäffler. Bitcoins können genutzt werden, **um im Internet bei bestimmten Unternehmen zu zahlen**. Hergestellt werden sie dezentral: Wer bestimmte Computerrätsel löst, die viel Rechnerkapazität verlangen, bekommt Bitcoins. Für den gemeinen Nutzer ist das egal: Er kann sie in Internetbörsen etwa gegen Euro erwerben. Den Preis bestimmen Angebot und Nachfrage. Man besitzt Bitcoins, wenn



man eine Art Code dazu hat. Das Verfahren zur Bitcoin-Produktion ist so konstruiert, dass die Menge nur langsam steigt und es maximal 21 Millionen Einheiten gibt. So soll Inflation vermieden werden. Allerdings hat das Spekulation zur Folge, so dass der **Wechselkurs extrem schwankt**. Probleme bereitet auch die Anonymität der Währung: Sie reizt offenbar zum Einsatz für illegale Geschäfte.